

# Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

---

Nr. 3 München, den 15. Februar 1994

---

Datum	Inhalt	Seite
25. 1. 1994	Verordnung über Zuständigkeiten zur Ausführung von Verordnungen der Europäischen Gemeinschaften im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst (ZustV-EG-K) ..... 22-1-1-K	17
21. 1. 1994	Bekanntmachung der <b>Neufassung der Anlagen 1 und 2 zum Gesetz über kommunale Wahlbeamte</b> ..... 2022-1-I	18
18. 1. 1994	Verordnung zur Änderung der Forstgebührenordnung ..... 7900-8-E	20
28. 1. 1994	Verordnung zur Sicherstellung der Personalvertretung am Staatsinstitut für Frühpädagogik bei der Umbildung des Staatsinstituts für Frühpädagogik und Familienforschung in ein Staatsinstitut für Familienforschung und ein Staatsinstitut für Frühpädagogik ..... 2035-9-K	23
21. 10. 1993	Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag ..... 1100-3-I	24

---

22-1-1-K

**Verordnung  
über Zuständigkeiten zur Ausführung  
von Verordnungen der Europäischen Gemeinschaften  
im Geschäftsbereich  
des Bayerischen Staatsministeriums  
für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst  
(ZustV-EG-K)**

Vom 25. Januar 1994

Auf Grund von Art. 1 des Gesetzes über die Zuständigkeit zur Ausführung von Verordnungen der Europäischen Gemeinschaften (BayRS 103-3-S) erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Zuständige Behörde für die Entscheidung über Anträge auf Erteilung der Ausfuhrgenehmigung für Kulturgüter nach Art. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 3911/92 des Rates vom 9. Dezember 1992 über die Ausfuhr von Kulturgütern (ABl EG Nr. L 395/1) ist die Direktion der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 30. März 1993 in Kraft.

München, den 25. Januar 1994

**Der Bayerische Ministerpräsident**

Dr. Edmund Stoiber

2022-1-I

**Bekanntmachung  
der Neufassung der Anlagen 1 und 2  
zum Gesetz über kommunale Wahlbeamte**

**Vom 21. Januar 1994**

Auf Grund von Art. 136 Satz 2 und Art. 72 Abs. 3 Satz 2 des Gesetzes über kommunale Wahlbeamte (KWBG) in Verbindung mit dem Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1993 vom 20. Dezember 1993 (BGBl I S. 2139) werden nachstehend die Anlagen 1 und 2 zum KWBG in der **ab 1. Mai 1993 geltenden Fassung** bekanntgemacht.

München, den 21. Januar 1994

**Bayerisches Staatsministerium des Innern**

Dr. Günther Beckstein, Staatsminister

Anlage 1

**Entschädigungen  
für die ehrenamtlichen ersten Bürgermeister  
(gültig ab 1. Mai 1993)**

Einwohner der Gemeinde	monatliche Entschädigung
bis 1 000	585,16 bis 2 808,77 DM
1 001 bis 3 000	2 691,74 bis 4 915,34 DM
3 001 bis 5 000	4 213,15 bis 5 851,61 DM
über 5 000	4 915,34 bis 6 319,73 DM.

Anlage 2

**Dienstaufwandsentschädigung  
für die Beamten auf Zeit  
(gültig ab 1. Mai 1993)**

**A. Erste Bürgermeister**

1. kreisangehöriger Gemeinden	198,74 bis 794,80 DM
2. kreisfreier Gemeinden und Großer Kreisstädte	
a) bis 50 000 Einwohner	397,32 bis 1 192,14 DM
b) von 50 001 bis 100 000 Einwohner	596,05 bis 1 390,84 DM
c) über 100 000 Einwohner	794,80 bis 1 589,54 DM

**B. Weitere Bürgermeister und berufsmäßige Gemeinderatsmitglieder**

1. kreisangehöriger Gemeinden	158,99 bis 635,85 DM
2. kreisfreier Gemeinden und Großer Kreisstädte	
a) bis 50 000 Einwohner	317,92 bis 953,70 DM
b) von 50 001 bis 100 000 Einwohner	476,85 bis 1 112,67 DM
c) über 100 000 Einwohner	635,85 bis 1 271,60 DM

**C. Landräte**

993,48 bis 1 390,84 DM	monatlich.
------------------------	------------

7900-8-E

## Verordnung zur Änderung der Forstgebührenordnung

Vom 18. Januar 1994

Auf Grund des Art. 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Kostengesetzes erläßt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

### § 1

Die Verordnung über die Erhebung von Gebühren und Auslagen für die Inanspruchnahme von Dienststellen der Bayerischen Staatsforstverwaltung (Forstgebührenordnung – FoGebO) vom 10. Dezember 1987 (GVBl S. 460, BayRS 7900-8-E), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„<sup>2</sup>Die Gebühr beträgt je Stunde

- |  |           |
|--|-----------|
| 1. für einen Beamten des höheren Dienstes oder einen nach seiner Vergütung vergleichbaren Angestellten                 | 96,00 DM, |
| 2. für einen Beamten des gehobenen Dienstes oder einen nach seiner Vergütung vergleichbaren Angestellten               | 66,00 DM, |
| 3. für einen Beamten des mittleren Dienstes oder einen nach seiner Vergütung vergleichbaren Angestellten oder Arbeiter | 54,00 DM, |

4. für einen Beamten des einfachen Dienstes oder einen nach seiner Vergütung vergleichbaren Angestellten oder Arbeiter 48,00 DM.“.

b) Absatz 3 Sätze 3 und 4 erhalten folgende Fassung:

„<sup>3</sup>Die Mindestgebühr für eine nach dem Zeitaufwand berechnete Leistung beträgt 35,00 DM. <sup>4</sup>Liegt der Zeitaufwand mehrerer an der Leistung beteiligter Beschäftigter zusammen nicht über einer Stunde, ist eine Pauschalgebühr von 60,00 DM zu erheben.“.

2. Die Anlage (Gebührenverzeichnis zur Forstgebührenordnung) wird durch die **Anlage** dieser Verordnung ersetzt.

### § 2

Diese Verordnung tritt am 1. März 1994 in Kraft.

München, den 18. Januar 1994

**Bayerisches Staatsministerium  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

Reinhold Bocklet, Staatsminister



Anlage**Gebührenverzeichnis zur Forstgebührenordnung**

<b>I. Allgemeines</b>	DM
1. Die Gebühren nach Nr. II.1.1 des Gebührenverzeichnisses können bis zu 50 v.H. ermäßigt werden, wenn die Aufarbeitungskosten voraussichtlich den Erlös aus dem Verkauf des eingeschlagenen Holzes übersteigen.	
2. Die Gebühren nach Nr. II.1 und II.2 des Gebührenverzeichnisses können ermäßigt werden	
a) bis um 40 v.H., wenn der Schuldner oder eine von ihm gestellte Hilfskraft mitwirkt,	
b) bis um 70 v.H., wenn die Leistung aus Anlaß von Kalamitätsfällen erbracht wird,	
c) bis um 30 v.H., wenn besonders einfache Verhältnisse vorliegen.	
3. Die Ermäßigungen der vorstehenden Nrn. 1 und 2 dürfen insgesamt nicht mehr als 80 v.H. betragen. Ermäßigungen nach Nrn. 1 und 2 Buchst.c können nicht nebeneinander gewährt werden.	
4. Die Gebühren nach Nrn. II.1 und II.2 des Gebührenverzeichnisses können bis um 30 v.H. erhöht werden, wenn besonders schwierige Verhältnisse vorliegen.	
5. Die Gebühren können bis um 20 v.H. erhöht werden, wenn die Leistung auf Antrag vorrangig erbracht wird.	
6. Die Gebühren nach Nrn. II.4, II.5, II.6 und II.7 können bis um 300 v.H. angehoben werden, wenn die Leistungen einen ungewöhnlichen Zeit- und Materialaufwand bedingen.	
<b>II. Gebührensätze</b>	
	DM
1. <u>Auszeichnen von Waldbeständen</u>	
1.1 Stammweises Auszeichnen in Pflegebeständen, je Hektar	110,—
Jedes angefangene halbe Hektar wird mit 50 v.H. des vorstehend genannten Satzes berechnet.	
1.2 Stammweises Auszeichnen in Verjüngungsbeständen, je Hektar	65,—
Jedes angefangene halbe Hektar wird mit 50 v.H. des vorstehend genannten Satzes berechnet.	
2. <u>Holzaushaltung und Hiebsaufnahme</u>	
2.1 Holzaushaltung und Sortenbildung, je angefangenen Festmeter oder Raummeter	3,—
2.2 Holzaufnahme, je angefangenen Festmeter je angefangenen Raummeter	2,40 1,30
2.3 Sortenweise Ermittlung des Festgehaltes, Aushändigung einer Nummernliste einschließlich der sorten- und klassenweisen Wertermittlung auf Grund vorgegebener Preise, je angefangenen Festmeter oder Raummeter	1,20
3. <u>Wegebauten</u>	
3.1 Ausarbeitung von Entwürfen für forstliche Wegebauten und Trassierung, je Meter Wegelänge	1,40
3.2 Örtliche Bauleitung, je Meter Wegelänge	1,30
3.3 Bauoberleitung, je Meter Wegelänge	1,30
3.4 Gesamtbauleitung, je Meter Wegelänge	2,60
4. <u>Forstsaatgutprüfungen</u>	
4.1 Reinheit	20,—
4.2 Keimfähigkeit (Standardmethode)	40,—
4.3 Lebensfähigkeit (Tetrazoliumtest)	40,—
4.4 Tausendkorngewicht	10,—
4.5 Gesamtuntersuchung der äußeren Beschaffenheit lt. § 16 Abs. 2 FSaatG	65,—
4.6 Feuchtigkeitsbestimmung (Infrarot-Schnelltest)	10,—
4.7 Feuchtigkeitsbestimmung (Trockenschrankmethode)	15,—
4.8 Schnittprobe bei Eicheln	40,—
4.9 Bestimmung von Voll-/Hohlkorn, Beschädigung, Entwicklungszustand u. a. (Röntgenuntersuchung)	40,—
4.10 Internationales Attest einschließlich 1 Duplikat und bis zu 10 ISTA-Plomben und -Anhängern	5,—

	DM		DM
4.11 wie vor mit bis zu 50 ISTA-Plomben und -Anhängern	12,—	<b>6. Pflanzenuntersuchungen</b>	
4.12 wie vor mit über 50 ISTA-Plomben und -Anhängern	20,—	6.1 Probenvorbereitung	15,—
<b>5. Bodenuntersuchungen</b>		6.2 Stickstoff nach KJELDAHL	33,50
5.1 Probenaufbereitung	7,—	6.3 Trockenveraschung	33,—
5.2 Trockensubstanz	20,—	6.4 Naßveraschung	40,—
5.3 pH-Wert potentiometrisch	9,—	6.5 Phosphat	40,—
5.4 Salzgehalt-Leitfähigkeit	8,—	6.6 Natrium, Kalium, Calcium, je Element	25,—
5.5 Carbonat nach SCHEIBLER	23,—	6.7 Magnesium, Eisen, Kupfer, Mangan, Zink, je Element	46,—
5.6 Organische Substanz aus C	35,—	6.8 Blei, Cadmium, je Element	95,—
5.7 Stickstoff nach KJELDAHL	33,50	6.9 Chlorid	45,—
5.8 Gesamtstickstoff	45,—	6.10 Fluorid	80,—
5.9 Ammoniumstickstoff, Nitratstickstoff, je Stoff	17,—	6.11 Schwefel	80,—
5.10 Königswasseraufschluß	40,—	<b>7. Wasseruntersuchungen</b>	
5.11 Flußsäure-Perchlorsäureaufschluß	65,—	7.1 Filtrat zur Analyse	8,—
5.12 Phosphor, Kalium, Calcium, Magnesium, Eisen, Mangan, je Element	35,—	7.2 pH-Wert	9,—
5.13 Aluminium, Blei, Cadmium, je Element	46,—	7.3 Leitfähigkeit	5,—
5.14 Herstellung eines Wasserextraktes	7,—	7.4 Stickstoff nach KJELDAHL	33,50
5.15 Bestimmung von Chlorid, Sulfat, Natrium, Kalium, Calcium, Magnesium aus Wasserextrakt, je Element	12,—	7.5 Ammonium, Nitrat, je Stoff	22,—
5.16 Kleingefäßversuch zur Feststellung der Anwesenheit wachstumshemmender Stoffe, je Gefäß	35,—	7.6 Natrium, Kalium, Calcium, je Element	16,—
		7.7 Magnesium	27,—
		7.8 Chlorid, Sulfat, je Stoff	27,—
		7.9 Gesamtphosphat	50,—

2035-9-K

**Verordnung**  
**zur Sicherstellung der Personalvertretung**  
**am Staatsinstitut für Frühpädagogik**  
**bei der Umbildung des Staatsinstituts**  
**für Frühpädagogik und Familienforschung**  
**in ein Staatsinstitut für Familienforschung**  
**und**  
**ein Staatsinstitut für Frühpädagogik**

**Vom 28. Januar 1994**

Auf Grund des Art. 91 des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes (BayPVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. November 1986 (GVBl S. 349, BayRS 2035-1-F), zuletzt geändert durch Art. 57 Abs. 4 des Gesetzes vom 18. Juni 1993 (GVBl S. 392), erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

<sup>1</sup>Die Geschäfte der Personalvertretung beim Staatsinstitut für Frühpädagogik werden durch den bisherigen Personalrat beim Staatsinstitut für Frühpädagogik und Familienforschung bis zum Ende der regelmäßigen Amtszeit am 31. Juli 1994 weitergeführt. <sup>2</sup>Er nimmt bis dahin die Aufgaben des neu zu wählenden Personalrats wahr.

§ 2

Für diejenigen Mitglieder des Personalrats, die an das neu gegründete Staatsinstitut für Familienforschung versetzt wurden, ist die Mitgliedschaft mit Inkrafttreten der Verordnung über die Errichtung des Staatsinstituts für Familienforschung vom 12. Oktober 1993 (GVBl S. 812, BayRS 2211-6-3-A) am 1. November 1993 erloschen.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. November 1993 in Kraft.

München, den 28. Januar 1994

**Bayerisches Staatsministerium**  
**für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst**

Hans Zehetmair, Staatsminister

**Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt**

Max Schick GmbH, Druckerei und Verlag  
Karl-Schmid-Straße 13, 81829 München  
Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt

1100-3-I

**Änderung der Geschäftsordnung  
für den Bayerischen Landtag****Vom 21. Oktober 1993**

Die Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag wird wie folgt geändert:

1. § 69 Abs. 3 Satz 2 Buchst. a wird folgender Satz angefügt:

„Das Landtagsamt wirkt darauf hin, daß ihm die Antwort zur Weiterleitung an die Fraktionen mindestens drei Arbeitstage vor dem Termin der Behandlung zugeleitet wird.“.

2. § 69 Abs. 4 wird wie folgt geändert:

Es wird ein neuer Buchstabe a eingefügt:

„a) Das Landtagsamt wirkt darauf hin, daß ihm die Antwort der Staatsregierung zur Weiterleitung an die Fraktionen mindestens drei Arbeitstage vor der Behandlung in der Vollversammlung zugeleitet wird.“.

Die bisherigen Buchstaben a und b werden zu Buchstaben b und c.

München, den 21. Oktober 1993

**Der Präsident des Bayerischen Landtags**

Dr. Vorndran

---

**Herausgeber/Redaktion: Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München**

Das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt wird nach Bedarf ausgegeben, in der Regel zweimal im Monat.

Die Herstellung erfolgt aus 100 % Altpapier.

**Herstellung und Vertrieb:** Max Schick GmbH, Druckerei und Verlag, Karl-Schmid-Straße 13, 81829 München, Tel. 0 89 / 42 92 01/02, Telefax 0 89/42 84 88, Bankverbindung: Postgiroamt München, Kto. 25 05 60-800, BLZ 700 100 80

**Bezug:** Das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt wird im Namen und für Rechnung des Herausgebers von der Max Schick GmbH ausgeliefert. Bestellungen sind ausschließlich an die Max Schick GmbH zu richten. Ausgaben, die älter sind als 5 Jahre, sind im Einzelverkauf nicht erhältlich. Abbestellungen müssen bis spätestens 31. Oktober eines Jahres mit Wirkung vom Beginn des folgenden Kalenderjahres bei der Max Schick GmbH eingehen. Reklamationen wegen fehlerhafter oder nicht erhaltener Exemplare müssen spätestens 1 Monat nach deren Erscheinungsdatum schriftlich oder per Telefax beim Verlag eingehen. Nach dieser Frist ist eine gebührenfreie Ersatzlieferung nicht mehr möglich.

**Bezugspreis** für den laufenden Bezug jährlich DM 46,20 (unterliegt nicht der gesetzlichen Mehrwertsteuer), für Einzelnummern bis 8 Seiten DM 3,00, für weitere 4 angefangene Seiten DM 0,70, ab 48 Seiten Umfang für je weitere 8 angefangene Seiten DM 0,70 + Versand.

ISSN 0005-7134